

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 43 (1951)

Heft: 12

Artikel: Bauern und Arbeiter in Jugoslawien

Autor: Fischer, A.J.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

verantwortung zur Bewältigung der grossen Aufgaben, die die Nachkriegszeit an uns stellt. Höchste Mitarbeit von Seiten der Arbeiter und Angestellten kann nur erreicht werden, wenn aus den ehemaligen, von der Mitbestimmung ausgeschlossenen «Betriebsangehörigen» Gleichberechtigte und Verantwortungsbewusste werden.

Der Einfluss auf die verstaatlichten Betriebe durch Regierung und Verwaltung allein ist nur ein Schritt zur Demokratisierung der Wirtschaft, doch bedarf es einer Ergänzung in den Schlüsselindustrien, in den Konzernbetrieben und Aktiengesellschaften der Privatwirtschaft, um die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten über die Bestimmung des derzeitigen Betriebsrätegesetzes zu verwirklichen.

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch haben in zahllosen durch Krieg und Kriegsfolgen vollkommen zerstörten Betrieben die Arbeiter und Angestellten nach eigenen Plänen, unter grössten Entbehrungen und selbst unter Verzicht auf ausreichende Entlohnung Aufbauarbeit geleistet. Sie haben damit ihre wirtschaftliche Reife und ihr Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gesamtwirtschaft unter Beweis gestellt und den Nachweis erbracht, dass in diesen schwersten Zeiten der Wirtschaftsführung, während deren die Arbeiter und Angestellten oft auf sich selbst angewiesen waren, und von der «Unternehmerinitiative» nichts zu sehen war, ein Aufbauwerk zustande kam, das nicht der Vergessenheit anheimfallen soll, und damit ist das moralische Anrecht zur Forderung nach Mitbestimmung begründet.

Der Bundeskongress fordert den neuen Bundesvorstand auf, die Verwirklichung dieser Forderung der Arbeiter und Angestellten in diesen Betrieben nach Mitbestimmung mit der ganzen Kraft des Gewerkschaftsbundes zu unterstützen.

Bauern und Arbeiter in Jugoslawien

Das in Jugoslawien herrschende System hat einen offenen Feind, den Klerikalismus mit seinen Hochburgen Slowenien, Kroatien und Wojewodina und einen heimlicheren, die Bauernschaft. Vielerorts überschneiden sich beide. So ist die Bauernschaft der katholischen Gebiete gleichzeitig streng religiös und findet im Klerus ein leidenschaftliches, antikollektivistisches Element.

Die Bauernfrage

Obgleich die rein materielle Situation eines grossen Teils der Bauern (trotz Industrialisierung immer noch 67 Prozent der Ge-

samtbevölkerung) günstiger geworden ist, steht sie dem Staat *negativ* gegenüber. Selbst noch so hohe Preise werden als nutzlos betrachtet, solange der höchste traditionelle Anreiz fortfällt: Neuerwerb von Boden. Vor allem aber schreckt das Gespenst der Kollektivisierung. Mögen bisher, einschliesslich der Staatsgüter, auch nur 25 Prozent des kultivierbaren Landes kollektivisiert worden sein, so hat sich an den Kolchostendenzen nichts verändert. Diesen Eindruck gab mir auch Marschall Tito während eines anderthalbstündigen Interviews.

Nun kann die Kollektivisierung in rückschrittlichen Gebieten einen gewissen Anreiz bieten, wenn sie mit einem technischen Aufschwung verbunden ist, das heisst bisher fehlende Maschinen bringt. Ist das aber nicht der Fall, ja stellt sich, von einigen Musterkollektiven abgesehen, der Kolchosbauer weit schlechter als ein unabhängig gebliebener Kollege, dann unterbleiben logischerweise freiwillige Beitritte zu den sogenannten Genossenschaften.

Zu den Kardinalfehlern der jugoslawischen Regierung gehört es, dass sie dieses ganze Projekt nicht zurückstellt und sich so lange rein auf die Konsolidierung bestehender Kollektive beschränkt, bis die technische Morgenröte aufgeht. Während gegenwärtig mehr und mehr Bauern aus den Kollektiven auszutreten versuchen — die sie vertretenden Anwälte haben gegenüber öffentlichen Angriffen einen schweren Stand — erzwingt man nach einjähriger Pause schon wieder neue, darunter in den landwirtschaftlich fruchtbaren Gebieten Nordkroatiens.

Günstige Position der Landarbeiter

Schlug also die Regierung Tito keine Verständigungsbrücken zur Bauernschaft, so verstand sie es weit besser, die *Landarbeiter* für sich zu gewinnen. In Jugoslawien war Geld bisher ziemlich wertlos, weil man nur wenig dafür kaufen konnte. So sah die städtische Arbeiterschaft nicht ohne Neid auf ihre Kollegen in den Dörfern, deren Einkommen teilweise aus fast unerschwinglichen Naturalien bestand. Jedenfalls konnten sich der Landarbeiter und seine Familie sattessen, und das bedeutete nicht wenig.

Industrialisierung durch Staatsinitiative

Jede sozialistische Regierung, die sich ohne Bajonette halten will, ist vital auf die Sympathien des Industriearbeiters angewiesen. Im Zuge der Nationalisierung wurde der Staat alleiniger Arbeitgeber. (Staat im erweiterten Sinne gemeint, ich schliesse in diesen Begriff auch Städte und Gemeinden mit ein.) Diese Sozialisierung hat eigentlich erst ein jugoslawisches Industrieleben ermöglicht. Bis zur Neuordnung wurde es von ausländischem Kapital dominiert, das heisst ausgebeutet. (Blei, Bauxit, Kupfer und Streichhölzer 100

Prozent, Baumwollgarn 92,8 Prozent, Zucker 76,1 Prozent, Handels schiffahrt 70 Prozent und Braunkohle 55,7 Prozent.) Es handelt sich hier um einen völlig unsozialen Kapitalismus, der Investitionen raschestens wieder herausholen wollte, jugoslawische Arbeitskraft unterbezahlte und führende Positionen mit eigenen Leuten besetzte, ohne die Absicht, einheimische Kräfte fachlich zu schulen. Da es oft zur Ueberschneidung von Interessen kam, erwarb man sich zwar billige Konzessionen, nutzte sie aber ungenügend aus. Das gilt für fast alle jugoslawischen Bodenschätze. In Quecksilber, Kupfer und Zink steht Jugoslawien an zweiter Stelle, in Bauxit, Blei und Antimon sogar an erster Stelle der europäischen Vorkommen.

Das 16-Millionen-Volk hat ausreichende Wasserkraftreserven für 168 Millionen. Eben diesen Reserven verdankt es eine überraschend schnelle Nachkriegselektrifizierung, einschliesslich rückschrittlicher Republiken wie Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Während meiner Reisen stiess ich überall auf fertiggestellte und sich im Bau befindende Wasserkraftwerke. Ströme und Flüsse wurden umgelenkt und dem technischen Fortschritt nutzbar gemacht.

War also die Industrie während der dynastischen Aera unentwickelt, so ging sie durch Kriegsschäden fast vollkommen zugrunde. Die meisten Bergwerke, Fabriken und Elektrizitätsanlagen wurden dem Erdboden gleichgemacht, die Hälfte der Eisenbahnschienen war zerstört oder unbenutzbar.

Sozialisiertes Geschäftsleben

So ging die beinahe tote Sozialisierung zwei verschiedene Wege. Im Geschäftsleben erfasste sie, anfangs unter verschiedenen Vorwänden, seit 1948 auf gesetzlicher Grundlage, alles bis auf das Klein gewerbe oder Handwerk. Hier kam es zu schädlichen Uebertreibungen, die Marschall Tito offenherzig zugibt. Langsam werden solche Betriebe, deren administrative, d. h. bürokratische Aufbauschung sie völlig unrentabel machte, wieder in Privathände zurückgelegt. Dazu gehören kleine Restaurants, Buffets und Ein-Mann-Läden, Hotels mit wenigen Zimmern usw. Der sozialistische Sektor des eigentlichen Geschäftslebens, der beherrschend bleiben wird, schuf kaum etwas Neues, sondern übernahm eben Bestehendes. Oft wurden übrigens bisherige Besitzer zu Geschäftsführern ernannt. Ihr Einkommen steht hinter dem freier Gewerbetreibender weit zurück. Ein kleiner Friseur kann sich trotz ungünstiger Vorkriegstarife viel mehr leisten als der Direktor eines grossen nationalisierten Schuh ladens, ganz zu schweigen von Schustern, Schneidern, Tischlern, Photographen und den am stärksten gesuchten Schlossern und Installateuren. Neben Aerzten und Zahnärzten, deren Tätigkeit sich auf Hospital- und Privatpraxis verteilt, stehen sie verdienstmässig an erster Stelle.

Industrielles Neuland

Ging also der Handel nur aus der Privatinitiative in die staatliche über, so war auf industriellem Gebiet ein vollkommener Neubeginn notwendig. Fast alle grössern Unternehmungen wurden erst nach dem Kriege erbaut und in Betrieb gesetzt. Parallel veränderte sich die soziale Struktur. Etwa 10 Prozent der Landbevölkerung wanderten in die Städte, was das durch furchtbare Kriegsschäden an sich schwierige Wohnproblem noch weiter belastete. (Jugoslawien hat wohl die niedrigsten Mieten Europas.) Während des vergangenen Hungerwinters — die Ernte dieses Jahres war überdurchschnittlich gut — machte sich engster Familienkontakt mit dem Dorf wohltuend bemerkbar. Durch Lebensmittelzuwendungen bäuerlicher Verwandter wurde die Not in den Städten gemildert. Weit schlechter hatten es von Natur aus karge landwirtschaftliche Gebiete wie Montenegro, Mazedonien und Teile Bosniens. Hier litten die Bauern unmittelbar unter der Dürre und brauchten Hilfe, statt sie andern zu geben.

Weitgehende Industrialisierung eines traditionellen Agrarlandes bringt immer seine Licht- und Schattenseiten mit sich, wobei am Anfang dieser Entwicklung zumeist der Schatten überwiegt. Wenn Jugoslawien, um seinen ehrgeizigen Fünfjahresplan zu erfüllen, Maschinen in grossen Mengen einführte, so konnte das nur auf Kosten des Konsumenten gehen. Der Import von Verbrauchsgütern wurde weitgehend gedrosselt. Ja, Warenverknappungen nahmen oft ein Ausmass an, als befände sich das Land noch im Kriege. Es gab selbst Mangel an Seife, Nägeln, Knöpfen, Schnürsenkeln, Bleistiften, Tinte usw. Auch musste zur Bezahlung der neuen Industrieanlagen vieles exportiert werden, was die Bevölkerung sicherlich lieber selbst verzehrt, bzw. verbraucht hätte.

Die Fabriken selbst sind zumeist nach modernsten hygienischen Prinzipien angelegt worden: man arbeitet bei viel Luft und Licht. Jede Revolution braucht den Ueberschwang, der sich aber oft mit den Realitäten nicht verträgt. Diese Binsenweisheit gilt auch für Jugoslawiens Aufbaupläne. Teils waren sie zu ehrgeizig, und teils hatte man auch mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie ein unversicherter Mann, dessen Haus abbrennt und dem es nun einfach an allem und jedem fehlt. Zu gleicher Zeit sollte ein neues Belgrad — übrigens auf ungeeignetem, sumpfigem Gelände — ein neues Zagreb, ein neues Sarajevo usw. aus dem Boden wachsen. Als dann durch die Kominformblockade, verringerte Ausfuhrmöglichkeiten nach der Missernte und einem phantastisch erhöhten Verteidigungsetat finanzielle Schwierigkeiten überhand nahmen, blieben überall unfertige Gerüste stehen — zum Missvergnügen jener weiten Volkskreise, die den Leibriemen enger schnüren mussten, und nun vergeblich auf ein Resultat warten.

Bei der Industrialisierung hatte man zu wenig die eigenen reichen

Hilfsquellen berücksichtigt und zu viele Fabriken geschaffen, die ohne ausländische Rohstoffe nicht produktionsfähig sind. Beispielsweise gab es bis vor kurzem noch kein Aluminiumwerk. Auch überstieg die Zahl der Neugründungen das Mindesttempo fachlicher Schulung bei weitem.

Schliesslich wurde die persönliche Initiative dadurch abgetötet, dass jeder Arbeiter für sein Werkzeug verantwortlich war und Reparaturen aus eigener Tasche bezahlen musste. Ueberhaupt hatte das anfangs strikt nachgeahmte sowjetische Vorbild mit seinen Sabotagekomplexen die gesamte Sozialisierungsidee diskreditiert. Staatskapital mit der Begleiterscheinung einer diktatorischen Bürokratie ersetzte einfach das früher herrschende ausländische Privatkapital. Mitverantwortung des Arbeiters blieb weiterhin eine Utopie. Der Direktor hatte an Allmacht nichts eingebüsst. Legte aber das anonyme Aktienkapital mindestens auf Fachleute Wert, so gab der neue Staat lange Zeit zuverlässigen Kämpfern oder Partisanen den Vorrang.

Selbst in der Lohnfrage waren die Vorteile nicht generell. Ungelehrte Arbeiter erhöhten ihren Lebensstandard, wirkliche Fachkräfte litten unter einer viel zu schematischen Nivellierung. Ein gewisser Ausgleich war nur durch Uebernahme einer zweiten oder dritten Beschäftigung möglich. Geistesarbeiter mussten sich dieser Notwendigkeit gleichfalls fügen. Mir begegneten Tierärzte, die in einer Tanzkapelle tätig sind, Ingenieure, die ihre Nachmittage und Nächte privaten Aufträgen von sozialisierten Firmen opfern usw.

Wirtschaftlicher Sozialismus minus Stalinismus

Nach dem Kominformbruch musste die Titoregierung an erster Stelle Wert darauf legen, die Industriearbeiterschaft bei der Stange zu halten. Allgemeine Sowjetfeindschaft war ihr natürlicher Verbündeter. Der Kommunismus stalinistischer Prägung hatte keine tiefen Wurzeln geschlagen. In ganz Jugoslawien gibt es ja nur 500 000 bis 600 000 Parteikommunisten unter einer 16-Millionen-Bevölkerung. Die orthodoxe Pro-Stalin-Linie war mehr eine Angelegenheit des Führerkreises sowie des alten, zahlenmäßig nie bedeutenden und durch frühere Verfolgungen weitgehend dezimierten Kaders. Fühlung mit den Russen in einigen von ihnen «befreiten» Gebieten hatte Illusionen geraubt. Auch realisierte die zum nicht unbeträchtlichen Teil sozialdemokratisch geschulte Arbeiterschaft weit eher als die sogenannte Intelligentsia, dass sich russische Wirtschaftsbevormundung von der früheren westlichen in ihren ausbeuterischen Absichten keineswegs unterschied, zusätzlich aber brutalere, Individualrechte völlig negierende Formen hatte.

Negativ, d. h. als anti-sowjetische Elemente war die gewaltige Majorität der Arbeiter bereits gewonnen. Jetzt kam es nur noch darauf

an, sie auch positiv zu interessieren. Anfangs fasste man das Problem von der rein ideologischen Seite an. Milowan Djilas, Mitglied des Politbüros und der massgebende Propagandist, begann theoretisch auseinanderzusetzen, warum das heutige russische System mit echtem Marxismus nichts mehr gemein habe. Seine wesentlichen Argumente waren: Staatskapitalismus statt wirtschaftliche Vergesellschaftung, die Diktatur der aufgebauschten Bürokratie und nicht des Proletariats sowie ein gänzlich unmarxistischer Nationalismus mit imperialistischem Hintergrund, also ohne Respekt für die Rechte kleinerer sozialistischer Länder. Hier begann er praktisch einzuhaken. Änderungen in der Nationalitäten- und Minderheitenpolitik waren nicht notwendig, da hier das Prinzip der vollkommenen Gleichberechtigung (Kultur, Schule, Sprache, proportionelle Verteilung der Minister, Abgeordneten, Beamten usw.) immer aufrecht erhalten worden war — ohne die begleitenden Slawisierungstendenzen in der Sowjetunion. Jugoslawiens nach russischem Vorbild aufgebauschter bürokratischer Apparat wurde radikal abgebaut. So führte man schätzungsweise 120 000 Männer und Frauen in den produktiven Arbeitsprozess zurück. Bei der endgültigen Auswahl trat endlich das Leistungsprinzip in den Vordergrund. Natürlich hatte diese Umschichtung auch soziale Begleiterscheinungen. So mancher unfähiger Ex-Beamter, der heute, statt zu befehlen, wieder arbeiten soll, gehört aus gekränkter Eitelkeit zu den wenigen, heimlichen Kominformisten. Viele Ministerien sind aufgelöst worden. An ihre Stelle treten Komitees, deren Mitglieder grösstenteils ehrenhalber arbeiten.

Volkseigentum statt Staatseigentum

Vor allem aber richtete sich Djilas' ideologischer Kampf gegen die staatskapitalistischen Tendenzen. In seinen und in Titos Reden hört man neuerdings immer öfter die alte marxistische These vom «Absterben des Staates». Damit sind neben einer Dezentralisierung des gesamten Staatsapparats, der Theorie bleibt, solange das straff zentralisierte Politbüro von Belgrad aus alle wesentlichen Richtlinien gibt, ein Verzicht auf bestimmte ökonomische Funktionen gemeint. Aus Staatsbetrieben werden Volksbetriebe, und aus Staatseigentum wird Volkseigentum. In der Praxis haben die Arbeiter- und Angestelltenkollektive die einzelnen Betriebe bis zur Verantwortung für die Geschäftsgebarung übernommen.

Die Belegschaft grosser Betriebe wählt Arbeiterräte, die dann wiederum den Verwaltungsrat wählen. Bei kleineren kommt es zur alleinigen und direkten Wahl des Verwaltungsrates. Er übernimmt die verantwortlichen Funktionen der Geschäftsführung. War bisher — wie wir feststellten — der Direktor allmächtig und ein nur von der Regierung absetzbarer Staatsbeamter, so muss auch er sich neuer-

dings wählen lassen und ist auf das Vertrauen der Räte angewiesen. Früher blieb es ihm anheimgestellt, die Arbeitervertretungen zu konsultieren. Jetzt ist er ihnen, die zum bestimmenden Organ wurden, verantwortlich.

Um das Uebergewicht der direkten Produzenten zu gewährleisten, müssen in einem Verwaltungsrat von beispielsweise fünf Mitgliedern vier Arbeiter sein. Der fünfte ist dann zumeist Ingenieur oder Techniker.

Gewerkschaften und Volksbildung

Bevor wir uns auch mit der materiellen Seite des neuen Systems befassen, sei festgestellt, dass es die Macht der Gewerkschaften beschnitt. Bisher war die — inzwischen gleichfalls dezentralisierte — Gewerkschaft für die Produktion einerseits und den Arbeitsschutz anderseits hauptverantwortlich. Nunmehr sind sie Sache jeder individuellen Belegschaft.

In Jugoslawien gibt es heute praktisch keinen Arbeiter, Angestellten oder Intellektuellen (einschliesslich der Aerzte), der nicht einer Gewerkschaft angehörte. Die Gewerkschaften sind ein Teil der alle Massenorganisationen umfassenden Volksfront. In ihren Reihen befinden sich Nichtkommunisten und Kommunisten. Als Körperschaft aber erkennen sie das Programm der Kommunistischen Partei Jugoslawiens an.

Selbstverständlich unterscheiden sich die jugoslawischen Gewerkschaften prinzipiell von den westlichen. Ohne dass die Konstitution Streiks verbietet, fallen Streikmöglichkeiten und damit auch ihre moralische und finanzielle Unterstützung fort. Trotz gewissen Liberalisierungen und positiver Erfolge auf vielen Gebieten ist die Gewerkschaft Jugoslawiens immer noch weit eher eine Organisation für die Arbeiter und nicht der Arbeiter. Sicherlich können auch Nichtkommunisten in die verschiedenen Exekutiven und Ausschüsse gewählt werden. Praktisch geschieht das jedoch meist nur dann, wenn die Partei aus fachlichen Gründen auf ihre aktive Mitarbeit Wert legt. Je mehr sich heute im Gegensatz zu den hier geschilderten früheren Verhältnissen das Leistungsprinzip durchsetzt, desto eher hat auch ein Nichtkommunist die Chancen einer gewerkschaftlichen Karriere — wirkliche Schlüsselstellungen blieben ihm aber bisher versagt.

Jugoslawische Gewerkschaftsaufgaben sind die Propaganda für eine Mobilisierung von mehr Industriearbeitern, deren Zahl sich seit 1945 bereits verdoppelte, und die Organisation von Wettbewerben zwischen sozialisierten Betrieben, wie sie in allen Volksdemokratien üblich sind. Auch die Arbeiterbildung gehört zum gewerkschaftlichen Verantwortungsbereich. Hier unterscheiden wir zwei Stadien. In den rückschrittlichen Gebieten wie Mazedonien, Montenegro und

Bosnien-Herzegowina gab es bis zu 80 Prozent Analphabeten, unter den nationalen Minderheiten, die erst 1945 über eigene Schulen verfügen, bis zu 95 Prozent und unter Frauen fast 100 Prozent! Stadium 1 der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung umfasste also nur die elementaren Kenntnisse Lesen, Schreiben und Rechnen. Heute ist man schon fast überall beim Stadium 2 angelangt: Arithmetik, Geographie und nationale Geschichte. Ich wohnte solchen Kursen bei und hatte einen sehr guten Eindruck von der Wissbegierigkeit fast aller Teilnehmer. Für besonders Intelligente gibt es weitere Fortbildungsmöglichkeiten bis zum Universitätsstudium. Den Studenten erhält dann bis zum Abschlussexamen sein Betrieb.

Da bis zum abgelegensten Dorf trotz Jugoslawiens Finanzschwierigkeiten ausreichende Schulen vorhanden sind — drei Gymnasialklassen sind Mindestpflicht — wird die Gewerkschaftsarbeit auf erzieherischem Gebiet nach einigen Jahren nicht mehr notwendig sein. Auch dann geht aber natürlich die sehr ernstgenommene und bei wirklichen Spezialisten langwierige Fachbildung weiter. Daneben betreibt man ideologische Schulung, wie mir gesagt wurde, mit dem Ziel, kleinbürgerliches Denken in klassenbewusstes umzuwandeln.

Fortschrittliche Sozialgesetzgebung

Die Regierung legte einen grossen Teil der Sozialfürsorge in gewerkschaftliche Hände. Dazu gehört eine umfassende Organisation bezahlter Ferien. Mindestdauer ist 14 Tage, bei Schwerarbeitern, Intellektuellen usw. vier Wochen. Der Staat gewährt dann so hohe Fahrpreismässigungen auf Eisenbahnen, Schiffen und Flugzeugen, dass eigentlich nur eine Anerkennungsgebühr übrig bleibt. Hotels, selbst solche erster Klasse, bieten einen Tagespreis, alle Mahlzeiten eingeschlossen, der etwa den Kosten eines Restaurantessens entspricht. Noch billiger lebt man in den eigentlichen Gewerkschaftsheimen. 1946 gab es 18 mit 2190 Gästen, 1950 48 mit 51 933. Nach Ueberwindung der Krise wird auch auf diesem Gebiet ein weiterer Ausbau erfolgen. Für mich war es ein Erlebnis, im rückschrittlichen Mazedonien ein solches Heim zu besuchen, das qualitativ einem erstklassigen Hotel entsprach.

All diese Einrichtungen wurden erst nach dem Kriege aufgebaut, da das alte Jugoslawien die Sozialfürsorge vollkommen vernachlässigte. Zu ihnen gehört auch ein modernes Gesundheitswesen, das nur durch den Aerztemangel behindert wird. Junge Mütter haben neben einer Geldgratifikation ein Anrecht auf 90 bezahlte Extraferientage, 45 vor und 45 nach der Geburt.

Während der ersten sechs und oft acht Monate nach ihrer Entbindung erhalten sie für 50prozentige Arbeit 75prozentigen Lohn. Bis zu zwei Jahren können sie halbe Arbeit leisten, dann allerdings auch bei halbem Einkommen. Die Waisen der Kriegsopfer und der Mär-

tyrer des Faschismus füllen nicht als Bettelkinder Jugoslawiens Strassen, sondern wurden trotz immensen Kosten in pädagogisch gut geleiteten Heimen untergebracht.

Last not least entspricht die Alterspension bei Männern, die das 55. und bei Frauen, die das 50. Lebensjahr erreicht haben, nach mindestens 35jähriger, bzw. 30jähriger Tätigkeit dem letzten vollen Einkommen. Wer seinen Beruf weiter ausübt, geniesst die Pension neben dem Normallohn.

Neues Lohnsystem

Solche Lockung ist heute um so wichtiger, als es keinen direkten Arbeitszwang mehr gibt. Das neue Lohn- und Preisgesetz will nunmehr auch Leistungslöhne einführen statt eines sehr komplizierten Systems von niedrigen Einkommen plus verbilligten rationalisierten Waren und Vorzugspunkten für den Einkauf nahezu aller Verbrauchsgüter. Ohne schematische Nivellierung werden sie nur soweit begrenzt sein, dass eine neue kapitalistische Entwicklung ausgeschlossen ist.

Hinzu kommen die besondern Rechte der neugeschaffenen Arbeiter- und Verwaltungsräte, die heute über die Investitionen selbst bestimmen, daneben auch bei guten Profiten Gewinne ausschütten — Mindestlöhne sind gesetzlich garantiert — und auf jeden Fall einen Sozialfonds begründen müssen.

Während bisher der Staat Monopolplaner war und buchstäblich alles bis zum letzten Bleistift und Tintenfass festlegte, beschränkt er sich jetzt ausschliesslich auf die Rahmenplanung. Betriebe können selbständig ein- und verkaufen, ja selbst ohne die früheren bürokratischen Fesseln Rohstoffe, Fachliteratur usw. aus dem Ausland beziehen. Wieder einmal nach dem Leistungsprinzip müssen unrentable Unternehmungen genau wie in privatkapitalistischen Ländern den Konkurs anmelden. Vorzugsbehandlung bestimmter Firmen hört auf, weil neuerdings jedes Detailgeschäft das Recht hat, dort zu bestellen, wo es die billigste und beste Ware erhält, während es vorher auf oft unzweckmässige und regional gebundene Zuteilungen von oben angewiesen war. Somit wird auch im staatlichen Produktionssektor ein gesunder Konkurrenzkampf ermutigt.

Man kann heute schwer voraussagen, ob das neue System, das unter der Aegide internationaler Hilfe beginnt, ein Erfolg wird oder nicht. Glückt es, eine neue Preisinflation zu vermeiden und die nun ungebundenen Bauern zu grössern Verkäufen anzureizen, dann erst könnte sich das unter viel zu hohen Preisen und viel zu niedrigen Einkommen krankende jugoslawische Wirtschaftsleben erholen und normalisieren.

A. J. Fischer.